Neue Kosten!

Wer die monatliche Entwicklung der Teuerung studiert, der braucht eigentlich keine Angst zu haben. Preisstabilität ist gewährleistet! Anders sieht die Situation allerdings bei staatlich beeinflussten Preisen aus: Hier droht ein gewaltiger Kostenschub. Zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung werden höhere Lohnabzüge eingefordert. Die Krankenkassenprämien sollen in zweistelliger Höhe steigen. Die SBB wollen höhere Abgeltungen. Die Post liebäugelt mit Tarifanpassungen. Die neuen Strompreise wurden bereits im August bekannt gegeben, die Mehrwertsteuer wird ebenfalls erhöht.
Das Jahr 2011 steht also ganz im Zeichen von staatlich beeinflussten Preiserhöhungen. Für die Unternehmen bedeutet dies höhere Kosten, die – wenn überhaupt – nur bedingt überwälzt werden können. Insbesondere die Exportindustrie geht schwierigen Zeiten entgegen: Sie sieht sich höheren Inlandkosten sowie einem speziellen Preis- und Margendruck (Eurokrise) im Ausland ausgesetzt. Kostenkontrolle, Effizienzsteigerungen und Produktivitätsfortschritte sind die nötigen Antworten. Und wer soll dies berappen? Natürlich wir, die wir unablässig öffentliche Leistungen fordern und politische Korrekturen in Richtung mehr Wettbewerb unterlassen. Wie heisst es doch: Jedes Land hat die Regierung, die es verdient. Der Spruch gilt auch für Staaten, in denen das Volk (mit) regiert.

Dr. Sven Bradke
Wirtschafts- und Kommunikationsberater
Geschäftsführer der Mediapolis AG